

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

53 (11.7.1946)

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruher a. Rh., Lammstraße 1b-5, Tel. 405/43.

1. Jahrgang Karlsruhe, Donnerstag, 11. Juli 1946 Nummer 53

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatlich Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr.

Die deutsche Frage vor der Pariser Konferenz

Das Konferenz-Verfahren — Molotow für 40jährigen Viermächtepakt — Einverständnis Byrnes — Frankreichs Standpunkt unverändert

Aus aller Welt

Washington, Der Senat sprach sich mit 59 gegen 26 Stimmen gegen die künftige gesetzliche Festlegung von Höchstpreisen für Fleisch, Geflügel und Eier und hieraus gefertigte Nahrungsmittel aus. Bei Beibehaltung dieses Beschlusses wird Präsident Truman sein Veto gegen den neuen Gesetzentwurf einlegen, um das Preisüberwachungsamt in abändernder Form für ein weiteres Jahr wieder zu errichten. (AP)

Oxford, Vertreter aus etwa 52 Ländern, unter denen sich auch eine sowjet. Delegation befand, trafen zur Eröffnung des Kongresses des Internationalen Roten Kreuzes in Oxford ein.

Brüssel, Der belgische Senat lehnte am Dienstag das von Ministerpräsident van Acker beantragte Vertrauensvotum mit 79 zu 78 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.

Brüssel, Die belgische Regierung des Ministerpräsidenten Achille van Acker ist am Dienstagmittag zurückgetreten.

Kopenhagen, Ein Handelsabkommen für die Dauer von zwei Jahren wurde zwischen der Sowjetunion und Dänemark am Dienstag in Moskau unterzeichnet. Nach dem Abkommen wird Dänemark von der Sowjetunion Rohmaterial und Materialien für verschiedene dänische Industrie, festen Brennstoff und Düngemittel erhalten und dagegen Butter, Fleisch und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fischerboote und industrielles Ausrüstungsmaterial an die Sowjetunion liefern. (AP)

Bern, Frankreich und die Schweiz haben nach einer Meldung des Schweizer Rundfunks ein Abkommen über den Austausch von Facharbeitern getroffen.

Athen, Costas Panoliaschos, einer der regionalen Leiter der monarchistischen „X“-Organisation wurde am Montag von drei unbekannten Personen ermordet. Die Behörden Nordgriechenlands ersuchten die Regierung um Verstärkung, um den anwachsenden Unruhen in den Grenzprovinzen entgegenzutreten zu können.

Bombay, Pandit Nehru erklärte in einer Pressekonferenz, die Kongreßpartei werde keinen Vertrag annehmen, der Indien von Großbritannien aufzuzunehmen sei. Sie werde einen Vertrag nur auf der Basis der Gleichberechtigung zwischen Indien und Großbritannien zustimmen.

Paris, 10. Juli. (DANA) Die Außenminister trafen sich am Montag auf die Annahme eines von Bidault eingebrachten Kompromißvorschlages, wonach den Einladungen an die Teilnehmerstaaten die Verfahrensregeln als Empfehlungen bezeichnet werden sollen. Frankreich wurde als Gastgeberland ermächtigt, die Einladungen in dieser Form am Dienstag abzuschicken.

China erhält nach der am Montag getroffenen Entscheidung nicht den Status einer „einladenden“, sondern den einer „einzelnen“ Nation.

Der angenommene französische Vorschlag sieht folgende Verfahrensregelung für die Friedenskonferenz vor:

1. Der Hauptausschuß, bestehend aus je einem Vertreter der Teilnehmerstaaten, soll die gesamte Friedenskonferenz aufeinander abstimmen. Die Entscheidungen dieses Ausschusses sollen mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden.

2. Die Friedenskonferenz soll das Recht haben, die von Außenministern vorgelegene Geschäftsordnung abzuändern oder einzelne Klauseln aufzuheben.

3. Der politisch-Unterausschuß soll nach dem von Frankreich eingebrachten Antrag mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Friedensverträge mit den Staaten, die sich an der Konferenz beteiligen, betraut werden. Diese Kommissionen sollen sich jeweils aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die sich tatsächlich in diesen Staaten im Kriegszustand befinden. Außerdem sollen die Kommissionen Vertreter sein, die die Vertretungen Frankreichs in den fünf politischen Unterausschüssen gehen auf einen Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes zurück. Frankreich wird sich in diesen Ausschüssen das Stimmrecht besitzen, es mit dem zur Diskussion stehenden Land Krieg führt.

4. Den Entscheidungen der fünf politischen Unterausschüsse soll eine Zweidrittelmehrheit zugunsten liegen, bei der die Vollziehung der Friedenskonferenz zur endgültigen Stellungnahme unterbreitet werden. Falls keine Zweidrittelmehrheit über eine Frage erreicht wird, sollen die Meinungen der einzelnen Beteiligten dargestellt, vorgelegt werden.

Reparationsabmachungen seien von Frankreich, den Ver. Staaten und Großbritannien nicht eingehalten worden. Er bezeichnete die Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone als einen „unangenehmen Akt“.

Schließlich beklagte sich Molotow über die ungenügende Durchführung der Entmilitarisierung in den westlichen Zonen. Er schlug vor, die Außenminister sollten sofort einen Plan zur wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands ausarbeiten.

Byrnes' Antwort

Der amerik. Außenminister Byrnes ging auf Molotows Behauptungen ein und betonte, sein vorgeschlagener 25-Jahresplan zur Entmilitarisierung Deutschlands habe nichts mit der Besatzungspolitik an sich zu tun, sondern beziehe sich nur auf die Zeit nach der alliierten Besetzung. Er erklärte sich jedoch durchaus mit einer Ausdehnung der Wirksamkeit des Vertrages auf 40 Jahre einverstanden.

Weiter schlug Byrnes die Bildung einer Kommission aus den stellv. Außenministern vor, welche die deutsche Problem besonders mit Rücksicht auf die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse überprüfen sollte. Sein vorgeschlagener Vertrag bezog sich in keiner Weise auf die Besatzungsdauer. Der Vertrag stelle lediglich einen Versuch zur Garantie dar, daß Deutschland nicht wieder den Weltfrieden bedrohen könne. Zu Molotows Kritik an der Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone erklärte Byrnes, die Ver. Staaten müßten für das Haushaltsjahr 1947 eine Summe von 200 Mill. Dollars für Ausgaben für deutsche Reparationsleistungen an die Sowjetunion festsetzen. Die Potsdamer Beschlüsse seien in den westlichen Besatzungszonen nicht durchgeführt worden. Die Bodenreform sei nur in der Sowjetzone in die Wirklichkeit umgesetzt worden, während man in den Westzonen weder einer Landreform noch irgendeinen wirksamen Versuch zur Zerschlagung der Kartelle unternommen hätte. Die Potsdamer

Reparationsabmachungen seien von Frankreich, den Ver. Staaten und Großbritannien nicht eingehalten worden. Er bezeichnete die Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone als einen „unangenehmen Akt“.

Schließlich beklagte sich Molotow über die ungenügende Durchführung der Entmilitarisierung in den westlichen Zonen. Er schlug vor, die Außenminister sollten sofort einen Plan zur wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands ausarbeiten.

Byrnes' Antwort

Der amerik. Außenminister Byrnes ging auf Molotows Behauptungen ein und betonte, sein vorgeschlagener 25-Jahresplan zur Entmilitarisierung Deutschlands habe nichts mit der Besatzungspolitik an sich zu tun, sondern beziehe sich nur auf die Zeit nach der alliierten Besetzung. Er erklärte sich jedoch durchaus mit einer Ausdehnung der Wirksamkeit des Vertrages auf 40 Jahre einverstanden.

Weiter schlug Byrnes die Bildung einer Kommission aus den stellv. Außenministern vor, welche die deutsche Problem besonders mit Rücksicht auf die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse überprüfen sollte. Sein vorgeschlagener Vertrag bezog sich in keiner Weise auf die Besatzungsdauer. Der Vertrag stelle lediglich einen Versuch zur Garantie dar, daß Deutschland nicht wieder den Weltfrieden bedrohen könne. Zu Molotows Kritik an der Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone erklärte Byrnes, die Ver. Staaten müßten für das Haushaltsjahr 1947 eine Summe von 200 Mill. Dollars für Ausgaben für deutsche Reparationsleistungen an die Sowjetunion festsetzen. Die Potsdamer Beschlüsse seien in den westlichen Besatzungszonen nicht durchgeführt worden. Die Bodenreform sei nur in der Sowjetzone in die Wirklichkeit umgesetzt worden, während man in den Westzonen weder einer Landreform noch irgendeinen wirksamen Versuch zur Zerschlagung der Kartelle unternommen hätte. Die Potsdamer

Reparationsabmachungen seien von Frankreich, den Ver. Staaten und Großbritannien nicht eingehalten worden. Er bezeichnete die Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone als einen „unangenehmen Akt“.

Schließlich beklagte sich Molotow über die ungenügende Durchführung der Entmilitarisierung in den westlichen Zonen. Er schlug vor, die Außenminister sollten sofort einen Plan zur wirtschaftlichen Abrüstung Deutschlands ausarbeiten.

Byrnes' Antwort

Der amerik. Außenminister Byrnes ging auf Molotows Behauptungen ein und betonte, sein vorgeschlagener 25-Jahresplan zur Entmilitarisierung Deutschlands habe nichts mit der Besatzungspolitik an sich zu tun, sondern beziehe sich nur auf die Zeit nach der alliierten Besetzung. Er erklärte sich jedoch durchaus mit einer Ausdehnung der Wirksamkeit des Vertrages auf 40 Jahre einverstanden.

Weiter schlug Byrnes die Bildung einer Kommission aus den stellv. Außenministern vor, welche die deutsche Problem besonders mit Rücksicht auf die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse überprüfen sollte. Sein vorgeschlagener Vertrag bezog sich in keiner Weise auf die Besatzungsdauer. Der Vertrag stelle lediglich einen Versuch zur Garantie dar, daß Deutschland nicht wieder den Weltfrieden bedrohen könne. Zu Molotows Kritik an der Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerik. Zone erklärte Byrnes, die Ver. Staaten müßten für das Haushaltsjahr 1947 eine Summe von 200 Mill. Dollars für Ausgaben für deutsche Reparationsleistungen an die Sowjetunion festsetzen. Die Potsdamer Beschlüsse seien in den westlichen Besatzungszonen nicht durchgeführt worden. Die Bodenreform sei nur in der Sowjetzone in die Wirklichkeit umgesetzt worden, während man in den Westzonen weder einer Landreform noch irgendeinen wirksamen Versuch zur Zerschlagung der Kartelle unternommen hätte. Die Potsdamer

Politische Dezentralisation, aber wirtschaftliche Einheit

General Mc Narney zur Außenminister-Konferenz — Demokratisierung der deutschen Regierung

Frankfurt, 10. Juli. (DANA) „Falls die Außenminister-Konferenz in Paris nicht zu einem Übereinkommen über die wirtschaftliche Zentralisation Deutschlands führt“, so erklärte General Joseph T. McNarney in einer Pressekonferenz, „ist es möglich, daß die amerikanischen Behörden auch getrennt mit einer oder zwei der anderen Besatzungsmächte zusammenarbeiten“.

Er wies erneut auf die amerikanische Politik politischer Dezentralisation, aber wirtschaftlicher Einheit für Deutschland hin und erklärte dazu wörtlich: „Wenn sie kein Übereinkommen über das erzielen, was wir für notwendig halten, werden wir irgendwelche neuen Abkommen mit denen treffen müssen, die zur Zusammenarbeit bereit sind. Während die Bildung der Wirtschaftseinheit Deutschlands im Augenblick das dringendste Problem ist, ist die Sicherung der Demokratisierung der deutschen Regierung eines der wichtigsten Ziele der Besatzung.“

Der General zählte die Mindestbedingungen auf, unter denen die amerik. Behörden anerkennen werden, daß eine deutsche Regierung demokratisch ist und sagte, daß auch dann die Länder unter den Beschränkungen stehen werden, die sich aus dem Potsdamer Protokoll ergeben und auf Grund weiterer Ministerbesprechungen aus neuen Viermächteabkommen erwachsen können, sowie unter den Beschränkungen der Gesetze der Alliierten Kontrollrats, die für ganz Deutschland bindend sind.

Frankfurt, 10. Juli. (DANA) „Falls die Außenminister-Konferenz in Paris nicht zu einem Übereinkommen über die wirtschaftliche Zentralisation Deutschlands führt“, so erklärte General Joseph T. McNarney in einer Pressekonferenz, „ist es möglich, daß die amerikanischen Behörden auch getrennt mit einer oder zwei der anderen Besatzungsmächte zusammenarbeiten“.

Er wies erneut auf die amerikanische Politik politischer Dezentralisation, aber wirtschaftlicher Einheit für Deutschland hin und erklärte dazu wörtlich: „Wenn sie kein Übereinkommen über das erzielen, was wir für notwendig halten, werden wir irgendwelche neuen Abkommen mit denen treffen müssen, die zur Zusammenarbeit bereit sind. Während die Bildung der Wirtschaftseinheit Deutschlands im Augenblick das dringendste Problem ist, ist die Sicherung der Demokratisierung der deutschen Regierung eines der wichtigsten Ziele der Besatzung.“

Der General zählte die Mindestbedingungen auf, unter denen die amerik. Behörden anerkennen werden, daß eine deutsche Regierung demokratisch ist und sagte, daß auch dann die Länder unter den Beschränkungen stehen werden, die sich aus dem Potsdamer Protokoll ergeben und auf Grund weiterer Ministerbesprechungen aus neuen Viermächteabkommen erwachsen können, sowie unter den Beschränkungen der Gesetze der Alliierten Kontrollrats, die für ganz Deutschland bindend sind.

Frankfurt, 10. Juli. (DANA) „Falls die Außenminister-Konferenz in Paris nicht zu einem Übereinkommen über die wirtschaftliche Zentralisation Deutschlands führt“, so erklärte General Joseph T. McNarney in einer Pressekonferenz, „ist es möglich, daß die amerikanischen Behörden auch getrennt mit einer oder zwei der anderen Besatzungsmächte zusammenarbeiten“.

Er wies erneut auf die amerikanische Politik politischer Dezentralisation, aber wirtschaftlicher Einheit für Deutschland hin und erklärte dazu wörtlich: „Wenn sie kein Übereinkommen über das erzielen, was wir für notwendig halten, werden wir irgendwelche neuen Abkommen mit denen treffen müssen, die zur Zusammenarbeit bereit sind. Während die Bildung der Wirtschaftseinheit Deutschlands im Augenblick das dringendste Problem ist, ist die Sicherung der Demokratisierung der deutschen Regierung eines der wichtigsten Ziele der Besatzung.“

Der General zählte die Mindestbedingungen auf, unter denen die amerik. Behörden anerkennen werden, daß eine deutsche Regierung demokratisch ist und sagte, daß auch dann die Länder unter den Beschränkungen stehen werden, die sich aus dem Potsdamer Protokoll ergeben und auf Grund weiterer Ministerbesprechungen aus neuen Viermächteabkommen erwachsen können, sowie unter den Beschränkungen der Gesetze der Alliierten Kontrollrats, die für ganz Deutschland bindend sind.

Frankfurt, 10. Juli. (DANA) „Falls die Außenminister-Konferenz in Paris nicht zu einem Übereinkommen über die wirtschaftliche Zentralisation Deutschlands führt“, so erklärte General Joseph T. McNarney in einer Pressekonferenz, „ist es möglich, daß die amerikanischen Behörden auch getrennt mit einer oder zwei der anderen Besatzungsmächte zusammenarbeiten“.

Er wies erneut auf die amerikanische Politik politischer Dezentralisation, aber wirtschaftlicher Einheit für Deutschland hin und erklärte dazu wörtlich: „Wenn sie kein Übereinkommen über das erzielen, was wir für notwendig halten, werden wir irgendwelche neuen Abkommen mit denen treffen müssen, die zur Zusammenarbeit bereit sind. Während die Bildung der Wirtschaftseinheit Deutschlands im Augenblick das dringendste Problem ist, ist die Sicherung der Demokratisierung der deutschen Regierung eines der wichtigsten Ziele der Besatzung.“

Der General zählte die Mindestbedingungen auf, unter denen die amerik. Behörden anerkennen werden, daß eine deutsche Regierung demokratisch ist und sagte, daß auch dann die Länder unter den Beschränkungen stehen werden, die sich aus dem Potsdamer Protokoll ergeben und auf Grund weiterer Ministerbesprechungen aus neuen Viermächteabkommen erwachsen können, sowie unter den Beschränkungen der Gesetze der Alliierten Kontrollrats, die für ganz Deutschland bindend sind.

Letzte Neuigkeiten

Sidney Hillman †

New York, 11. Juli. (DANA) Sidney Hillman, Gewerkschaftsführer und Vorsitzender des politischen Aktionsausschusses des Kongresses in der Arbeiterorganisation (CIO), ist am Mittwoch im Alter von 59 Jahren an einer Herzkrankheit gestorben.

Washington, 11. Juli. (DANA) Der jugoslawische Botschafter in Amerika, Sava Kosanovitch, kritisierte in einem Interview den Beschluß der Außenministerkonferenz, Triest unter internationaler Verwaltung zu stellen. Kosanovitch erklärte ferner, daß Triest zu einem zweiten Danzig werden würde, „wenn die kommende Friedenskonferenz nicht die Beschlüsse der Außenministerkonferenz abändern würde.“

Wien, 11. Juli. (AP) General Zinow, vom sowjetischen Oberkommando in Oesterreich, erklärte am Dienstag, daß sich die am Samstag erlassene Beschlusssatzung für die russische Besetzung und dessen teilweise Überführung in die Sowjetunion nicht gegen österreichische Interessen richte.

Länderrats-Direktorium berät sozialpolitische Fragen

Stuttgart, 10. Juli. (DANA) Das Länderratsdirektorium trat in seiner Sitzung am 9. Juli vor allem Entscheidungen über Fragen sozialpol. Art. Den Ministerpräsidenten der drei Länder wurde empfohlen, Sachverständige für die Neugestaltung der Sozialversicherung zusammenzurufen. Diese Sachverständigen sollen auf Grund vom Kontrollrat aufzustellenden Richtlinien und an Hand des von sozialpolitischen Ausschuss vorgelegten Entwurfs einer Sozialversicherungsordnung Grundsätze für die Gestaltung der Sozialversicherung ausarbeiten.

Die amerik. Militärregierung soll ersucht werden, von dem Verlangen nach Entsendung von Arbeitskräften für den Ruhrkohlenbau so lange abzuweichen, bis die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter so geregelt sind, daß eine Werbung mit Erfolg durchgeführt werden kann. Als Ausgleich wird vorgeschlagen, 12000 sudetendeutsche Bergarbeiter mit ihren Familien im Ruhrbergbau einzusetzen. Für diese Personen sollen aus der amerik. Zone zusätzliche Lebensmittel bereitgestellt werden, um eine Verbesserung der Ernährung dieser Bergarbeiter von 3400 auf 4000 Kalorien täglich durchzuführen.

Um dem bestehenden Mangel an Arbeitskräften, besonders im Bauwesen bezogen zu können, ist beschlossen worden, leichtere Arbeiten, die zur Zeit noch von Männern verrichtet werden, von Frauen ausführen zu lassen. Um der Notlage der entlassenen deutschen Kriegsgefangenen in Bezug auf Bekleidung abzuhelfen, wurde bei den Ministern für polit. Befreiung angesetzt, die Sprachkammern anzuweisen, als Sühnemaßnahmen in die Sprüche gegen Aktivisten und Hauptschuldige die Abgabe von Kleidungsstücken zu Gunsten entlassener Kriegsgefangener und sonstiger Hilfsbedürftiger einzuschließen.

Die zwangsweise Rückführung von Evakuierten in ihre Heimatorten wurde einstweilen bis zum 20. Juli 1946 abgestoppt. Weiterhin wurde über die Einführung von Vier-Zonen-Pässen beraten.

Nicht Gnade oder Ungnade, sondern Gerechtigkeit

Keitel ein Bewunderer Hitlers — Das „verhinderte“ Abschiedsgesuch Rosenbergs — Hitler und Himmler Hauptschuldige

Nürnberg, 10. Juli. (DANA) Sonderberichterstatter Werner P. Frym. Dr. Otto Nelte hielt am Montag im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sein ausführliches Plädoyer für den ehemaligen Feldmarschall Wilhelm Keitel, in dem er sich mehr darum bemühte, die Keitel von der Anklage vorzuwerfen Verbrechen aus Persönlichkeit und Entwicklung des Angeklagten heraus zu erklären, als die Schuld seines Mandanten abzustreiten oder zu verringern.

Seine Plädoyer hatte Keitels Verteidiger ein Ziel aus der grundlegenden Anklage der „Verbrechen“. Oberleutnant Jackson vorausgeschickt: „Wir müssen an unsere Aufgabe mit soviel innerer Überzeugung und geistiger Unbestechlichkeit herantreten, daß dieser Prozess einmal in der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Gerechtigkeit erscheinen möge.“

Dr. Nelte stellte die Begriffe „bestes Soldatenamt“, „dem Militarismus“, „selbstverständlicher Gehorsam“ einem „verachteten Kadavergehorsam“, den „kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung“, dem „überspitzen Verantwortungsgefühl“, dem „tiefen Vaterlandsliebe“ dem „Chauvinismus“ gegenüber, um zu zeigen, daß alle diese Begriffe die Skala des Guten und Bösen durchlaufen können.

Keitel und die deutsche Wiederarmierung

„Hier an dieser Stelle“, so sagte der Verteidiger Keitels, „soll nicht Gnade oder Ungnade das Letztmögliche sein, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet nicht Milde. Gerecht wird ein Urteil über nur dann sein, wenn es alle Umstände berücksichtigt, die die Handlungen und das Verhalten des Angeklagten analysieren.“

Nürnberg, 10. Juli. (DANA) Sonderberichterstatter Werner P. Frym. Dr. Otto Nelte hielt am Montag im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sein ausführliches Plädoyer für den ehemaligen Feldmarschall Wilhelm Keitel, in dem er sich mehr darum bemühte, die Keitel von der Anklage vorzuwerfen Verbrechen aus Persönlichkeit und Entwicklung des Angeklagten heraus zu erklären, als die Schuld seines Mandanten abzustreiten oder zu verringern.

Seine Plädoyer hatte Keitels Verteidiger ein Ziel aus der grundlegenden Anklage der „Verbrechen“. Oberleutnant Jackson vorausgeschickt: „Wir müssen an unsere Aufgabe mit soviel innerer Überzeugung und geistiger Unbestechlichkeit herantreten, daß dieser Prozess einmal in der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Gerechtigkeit erscheinen möge.“

Dr. Nelte stellte die Begriffe „bestes Soldatenamt“, „dem Militarismus“, „selbstverständlicher Gehorsam“, einem „verachteten Kadavergehorsam“, den „kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung“, dem „überspitzen Verantwortungsgefühl“, dem „tiefen Vaterlandsliebe“ dem „Chauvinismus“ gegenüber, um zu zeigen, daß alle diese Begriffe die Skala des Guten und Bösen durchlaufen können.

Keitel und die deutsche Wiederarmierung

„Hier an dieser Stelle“, so sagte der Verteidiger Keitels, „soll nicht Gnade oder Ungnade das Letztmögliche sein, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet nicht Milde. Gerecht wird ein Urteil über nur dann sein, wenn es alle Umstände berücksichtigt, die die Handlungen und das Verhalten des Angeklagten analysieren.“

Nürnberg, 10. Juli. (DANA) Sonderberichterstatter Werner P. Frym. Dr. Otto Nelte hielt am Montag im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sein ausführliches Plädoyer für den ehemaligen Feldmarschall Wilhelm Keitel, in dem er sich mehr darum bemühte, die Keitel von der Anklage vorzuwerfen Verbrechen aus Persönlichkeit und Entwicklung des Angeklagten heraus zu erklären, als die Schuld seines Mandanten abzustreiten oder zu verringern.

Seine Plädoyer hatte Keitels Verteidiger ein Ziel aus der grundlegenden Anklage der „Verbrechen“. Oberleutnant Jackson vorausgeschickt: „Wir müssen an unsere Aufgabe mit soviel innerer Überzeugung und geistiger Unbestechlichkeit herantreten, daß dieser Prozess einmal in der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Gerechtigkeit erscheinen möge.“

Dr. Nelte stellte die Begriffe „bestes Soldatenamt“, „dem Militarismus“, „selbstverständlicher Gehorsam“, einem „verachteten Kadavergehorsam“, den „kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung“, dem „überspitzen Verantwortungsgefühl“, dem „tiefen Vaterlandsliebe“ dem „Chauvinismus“ gegenüber, um zu zeigen, daß alle diese Begriffe die Skala des Guten und Bösen durchlaufen können.

Keitel und die deutsche Wiederarmierung

„Hier an dieser Stelle“, so sagte der Verteidiger Keitels, „soll nicht Gnade oder Ungnade das Letztmögliche sein, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet nicht Milde. Gerecht wird ein Urteil über nur dann sein, wenn es alle Umstände berücksichtigt, die die Handlungen und das Verhalten des Angeklagten analysieren.“

Nürnberg, 10. Juli. (DANA) Sonderberichterstatter Werner P. Frym. Dr. Otto Nelte hielt am Montag im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sein ausführliches Plädoyer für den ehemaligen Feldmarschall Wilhelm Keitel, in dem er sich mehr darum bemühte, die Keitel von der Anklage vorzuwerfen Verbrechen aus Persönlichkeit und Entwicklung des Angeklagten heraus zu erklären, als die Schuld seines Mandanten abzustreiten oder zu verringern.

Seine Plädoyer hatte Keitels Verteidiger ein Ziel aus der grundlegenden Anklage der „Verbrechen“. Oberleutnant Jackson vorausgeschickt: „Wir müssen an unsere Aufgabe mit soviel innerer Überzeugung und geistiger Unbestechlichkeit herantreten, daß dieser Prozess einmal in der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Gerechtigkeit erscheinen möge.“

Dr. Nelte stellte die Begriffe „bestes Soldatenamt“, „dem Militarismus“, „selbstverständlicher Gehorsam“, einem „verachteten Kadavergehorsam“, den „kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung“, dem „überspitzen Verantwortungsgefühl“, dem „tiefen Vaterlandsliebe“ dem „Chauvinismus“ gegenüber, um zu zeigen, daß alle diese Begriffe die Skala des Guten und Bösen durchlaufen können.

Keitel und die deutsche Wiederarmierung

„Hier an dieser Stelle“, so sagte der Verteidiger Keitels, „soll nicht Gnade oder Ungnade das Letztmögliche sein, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet nicht Milde. Gerecht wird ein Urteil über nur dann sein, wenn es alle Umstände berücksichtigt, die die Handlungen und das Verhalten des Angeklagten analysieren.“



General Ernest N. Harmon, der kommandierende General der District Constabulary-Gruppe, die ab 1. Juli 1946 die Aufgaben der Besatzungstruppe in der amerik. Zone Deutschlands übernommen hat. (DANA-Bild)

DAS WORT DER FRAU

Unternehmungsgeist der Frau

In Frankreich hat sich die Frau bekanntlich erst jetzt das Wahlrecht erobert; aber dies war nur eine Sanktionierung ihres Wirkens in der politischen Gegenwart...

In Rußland ist vor allem die Unvoreingenommenheit wichtig, mit der die Frau sich in die abendlichen Lokomobile hineinarbeitet; aus der ersten weiblichen Abteilung der Verkehrsverwaltung...

Nun hütet man sich vor all zu raschen Parallelen zu ziehen, denn die Verhältnisse sind in Anzügen vorhanden ist, nicht unerwähnt zu lassen...

Neben diesen Beispielen aus dem Ausland soll der Hinweis über das Neue, das bei uns in Anzügen vorhanden ist, nicht unerwähnt bleiben...

Die Sonne erregt alles, macht alle Sterne tanzen, Wirst du nicht auch bewegt, ehörst du nicht zum Ganzen.

Die Sonne erregt alles, macht alle Sterne tanzen, Wirst du nicht auch bewegt, ehörst du nicht zum Ganzen.

Eine Hausfrau muß gut zu Fuß sein

Viele Kilometer legt eine Hausfrau täglich zurück, wie lange steht sie vor den Läden Schlange? Sehr oft hat sie sich nicht zum Frühstück die Zeit nehmen können und es stellt sich dann Schwindelgefühl und Uebelkeit ein...

Das viele Stehen ist für uns Frauen schädlich. Es führt zu Fußschmerzen, ja oft zu ausstrahlenden Schmerzen in Knie und Hüfte...

Zum Schluß noch etwas, liebe Hausfrau, wenn das Essen soweit fertig ist, haben wir noch fünf oder zehn Minuten Zeit. Da legen wir uns flach auf das Sofa...

Was führt zu einer guten Ehe zurück? Die Erneuerung aller der kleinen Zwickelheiten und Aufmerksamkeiten, die vor dem Mann...

DIE WIRTSCHAFT

Revolutionierung künstlicher Düngung

Die Aufbereitung der Gesteine zu handelsfähigem Gesteinsmehl kann nach geringfügiger Umstellung von auf werden, worüber Verhandlungen zwischen der...

Die Aufgabe der Idee gehen wie in der Jahre vor dem Zusammenbruch zurück. Versuchsungen wurden mit dem Gesteinsmehl...

Die Aufgabe der Idee gehen wie in der Jahre vor dem Zusammenbruch zurück. Versuchsungen wurden mit dem Gesteinsmehl...

Well-Erdölproduktion stark gestiegen

London, 10. Juli. (DANA) Die Erdölproduktion der Welt wird 1945 mit rund 372 Millionen Tonnen...

Die Erdölproduktion der Welt wird 1945 mit rund 372 Millionen Tonnen...

Die Erdölproduktion der Welt wird 1945 mit rund 372 Millionen Tonnen...

Die Erdölproduktion der Welt wird 1945 mit rund 372 Millionen Tonnen...

Beamteneinstellungswesen

Die Beamteneinstellungswesen sind in der letzten Zeit...

Familien-Nachrichten Dr. Richard Gömmer, Rechtsanwalt, mein 16. Mann, unser...

Verloren Treppentisch, Küchler Krug, (sachw.-wied.) in der...

Amlicke Bekannmachungen Gesucht wird in Karlsruhe bzw. Umgebung 11jähr. Junge...

Transporte Wir übernehmen nach Transporte u. kleine Umzüge, a. Einzelmöbel...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...

Verloren Treppentisch, Küchler Krug, (sachw.-wied.) in der...

Amlicke Bekannmachungen Gesucht wird in Karlsruhe bzw. Umgebung 11jähr. Junge...

Transporte Wir übernehmen nach Transporte u. kleine Umzüge, a. Einzelmöbel...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...

Unverricht Neulmann u. Schülerheim Burg Katz, St. Goar...

Stellenangebote Bauing. (Eisenbau) als Bauleiter und Schweißmeister...

Immobilien Haus, (wenn auch besch.) od. Bauplatz in Kollagen...

Transporte Wir übernehmen nach Transporte u. kleine Umzüge, a. Einzelmöbel...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...

Formelrevisor u. Monteur zum Eintr. ges. Mix & Genest A.G., Techn. Büro...

Stellenangebote Bauing. (Eisenbau) als Bauleiter und Schweißmeister...

Immobilien Haus, (wenn auch besch.) od. Bauplatz in Kollagen...

Transporte Wir übernehmen nach Transporte u. kleine Umzüge, a. Einzelmöbel...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...

Kaufigesuche Feldpostkasten, Tunis, Ubort Hela, Inselpost, Karlsruh...

Stellenangebote Bauing. (Eisenbau) als Bauleiter und Schweißmeister...

Immobilien Haus, (wenn auch besch.) od. Bauplatz in Kollagen...

Transporte Wir übernehmen nach Transporte u. kleine Umzüge, a. Einzelmöbel...

Mietgesuche Groß. Heub. W. bis 100 qm, evtl. auch 200 qm...